



FLORIAN GAERTNER / PHOTOTHEK.NET / IMAGO

**Kohlekraftwerk Boxberg in der Oberlausitz**

Klimaschutz

## Viel reden, wenig liefern

● Es kommt schlimmer als erwartet: Deutschland verfehlt seine selbst gesetzten Klimaziele für das Jahr 2020 um acht Prozentpunkte. Ursprünglich wollte die Regierung die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 senken; nun werden wohl nur 32 Prozent deutschlandweit eingespart. Das steht im Entwurf des Klimaschutzberichts, den das Kabinett kommende Woche verabschieden soll. Bislang hatte die Regierung hoffnungsfroh eine Lücke von »fünf bis acht Prozentpunkten« prognostiziert. Als Gründe für die Verschlechterung führen die Fachbeamten auch die »unerwartet dynamische Konjunktorentwicklung sowie das unerwartet deutliche Bevölkerungswachstum« an. Allerdings räumt die Bundesregierung ein, dass ihr »Aktionsprogramm Klimaschutz 2020« nicht die erwartete Wirkung erzielt habe. »Für Bundeskanzlerin

Angela Merkel sind die neuen Zahlen das Eingeständnis, viel über Klima zu reden, aber wenig zu liefern«, ätzt die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock.

Trotz der alarmierenden Zahlen streitet die Große Koalition über künftige Kohlendioxidemissionen für Autos, die auf EU-Ebene verhandelt werden. Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) hat eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung bei Pkw und leichten Nutzfahrzeugen um 50 Prozent bis zum Jahr 2030 vorgeschlagen im Vergleich zum Jahr 2021. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) meldet massiven Widerstand an: »Wir brauchen keine willkürlichen politisch-ideologischen Grenzwerte nach dem Muster Pi mal Daumen, sondern realistische, technisch machbare Grenzwerte«, sagt Scheuer: »Die Vernichtung einer europäischen Leitindustrie mache ich nicht mit!« Die Bundesregierung muss sich bis kommende Woche auf eine gemeinsame Haltung verständigen, mit der sie in der EU auftreten will. GT

Zeitgeschichte

## Russische Illusionen über Helmut Schmidt

● Der Kreml hoffte ernsthaft, er könne die Bundesrepublik unter Kanzler Helmut Schmidt (1974 bis 1982) aus der Nato und der Europäischen Gemeinschaft (EG) lösen. Kurz vor einem Besuch des sowjetischen Generalsekretärs Leonid Breschnew bei Schmidt in Bonn im Mai 1978, notierte Breschnews außenpolitischer Mitarbeiter Anatolij Tschernjajew, »das Hauptziel ist es, Westdeutschland zu uns zu ziehen, sodass es uns als Partner Nr. 1 wählt, und nicht die USA«. Eine solche Entwicklung würde sich für Moskau ökonomisch lohnen, außerdem sei dann »ganz Osteuropa zwischen uns«. Offenbar erwog der Kreml, seine Vorherrschaft über Polen mit den Deutschen zu teilen. Eine Wiedervereinigung lehnte Tschernjajew allerdings ab. Dennoch glaubte er, die Westdeutschen fänden ein Bündnis mit Moskau attraktiv: »Sie verstehen, dass sie ihre Großmachtträume nur in einer Allianz mit uns verwirklichen können.« Dabei war Schmidt überzeugter Atlantiker. Von seinem Besucher Breschnew wollte er vor allem eines: ein Ende der sowjetischen Hochrüstung. Tschernjajews Notizen hat nun das National Security Archive in Washington veröffentlicht. KLW



RUDI WEISEL / VISUM

**Breschnew, Schmidt 1978 in Bonn**

Bamf-Affäre

## Flüchtlinge im Fokus

● Die Polizei weitet ihre Ermittlungen in der Affäre um die Bremer Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) aus. Das Landeskriminalamt Bremen baut derzeit eine etwa 50 Beamte starke Ermittlungsgruppe »Antrag« auf, der auch Bundespolizisten angehören werden. Die Fahnder sollen nicht nur gegen die frühere Leiterin der Bremer Bamf-Außenstelle sowie gegen mehrere Anwälte und einen Dolmetscher

ermitteln, sondern auch gegen Flüchtlinge. Dabei geht es um möglicherweise strafrechtlich relevante Fälle, in denen die Antragsteller falsche Angaben zu ihren Personalien gemacht haben sollen. In den Akten zur Bremer Bamf-Affäre sind Asylverfahren dokumentiert, in denen es Zweifel gibt, dass die angegebenen Daten stimmen, oder gefälschte Papiere vorgelegt wurden. Laut einem vertraulichen Bericht der Innenrevision des Bundesamts wurden bei 553 von 1371 untersuchten Bremer Fällen die Staats- und Volkszugehörigkeit der Asylbewer-

ber nicht geklärt, in 439 Fällen wurden Fingerabdrücke nicht oder verspätet abgenommen. Bei einem Treffen in Bremen mit Bamf-Chefin Jutta Cordt und Innenstaatssekretär Helmut Teichmann Ende Mai wurde vereinbart, dass die anstehenden Ermittlungsverfahren an die Bundesländer abgegeben werden sollen, in denen die Flüchtlinge wohnen. Wie hoch die Zahl der Fälle ist, in denen sich die Antragsteller strafbar gemacht haben sollen, ist bisher unklar. Es könnten einige wenige sein, aber auch mehrere Hundert, hieß es. GUD, WOW